



Schwarzbuch ÖH-Uni Wien

Geldverschwendung, Ideologie, Leninversteh_innen*

er – Öffentlichkeitsreferat

Nein das tun wir nicht, uns gegen den schwarzen Block abgrenzen.



AktionsGemeinschaft Uni Wien

JUNOS Studierende Uni Wien (ehemals: JuLis)

Lektorat, Satz: AG Uni Wien, Junos Studierende

Umschlag, Grafiken: AG Uni Wien, Junos Studierende

Printed in Germany

© 2015

Hinweis:

Alle verwendeten Bilder sind entweder eigene Werke oder Wikimedia-Bilder, welche zur Veränderung und kommerziellen Verwertung gekennzeichnet wurden. Alle Inhalte dieser Broschüre dürfen in unveränderter Form kopiert und verbreitet werden. Die Texte und Inhalte dieser Broschüre dürfen weder verändert noch als eigenes Werk bezeichnet werden. Die Urheber (AG Uni Wien, JUNOS Uni Wien) behalten sich ein Widerrufsrecht der Wiedergabe- und Kopiererlaubnis vor.



Vorwort

Dieses Werk ist in Zusammenarbeit der zwei größten Oppositionsfraktionen der ÖH Uni Wien entstanden. Tagtäglich mussten wir diverse Absurditäten miterleben, sei es die Schließung eines Kindergartens, fragwürdige Unterstützungen von Demonstrationen oder Masturbieraufforderungen im Titel eines Referatsberichtes. Anschließend an die Berichte zu diversen Skandalen bietet der zweite Teil dieser Broschüre einen Überblick über die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft per se. Es wird detailliert beschrieben, wie diese organisiert ist, welche Aufgaben sie gesetzlich erfüllen sollte und wie sie sich finanziert. In diesem Teil findet sich auch eine Auflistung der einzelnen Ausgabenposten der ÖH Uni Wien. Es wird aufgezeigt wie wenig derzeit beispielsweise für Service verwendet wird und welche Rolle „allgemeinpolitische“ Aufwendungen spielen.

Neben Berichten über Geldverschwendungen und andere Verfehlungen gibt es in dieser Broschüre auch Platz für einige lesenswerte Skurrilitäten der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien.

Trotz mit Leninzitaten geschmückten, ideologisch aufgeladenen Tätigkeitsberichten und einem weit über die Grenzen der Studierenden bekannten Finanzskandal, der über eine halbe Million Euro an Pflichtbeiträgen verschlang, soll dieses Schwarzbuch aber keine bloße Schwarzmalerei sein. Eine konstruktive Zusammenarbeit war zumindest gelegentlich möglich und der gegenseitige Umgang freundlich, manchmal sogar sachlich.

Wichtig ist uns, dass die ÖH nicht als Gesamtes abgelehnt wird! Die gesetzlich verankerte Interessensvertretung der Studierenden erfüllt – wenn in guten Händen – wichtige Aufgaben. Die aktuelle Exekutive wurde von den Studierenden, bei einer Wahlbeteiligung von unter 25%, in ihr Amt gewählt. Eine Änderung ist möglich. Bitte geh' zur ÖH-Wahl, deine Stimme schafft Veränderung!





Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Inhaltsverzeichnis	5
Finanzdesaster und Geldverschwendung	6
Das Café Rosa– Eine halbe Million Euro wird in den Sand gesetzt ..	6
Scheinselbstständigkeit– Wasser predigen und Wein trinken	8
Der ganz normale Förderwahnsinn.....	9
Unique– 158.000€ für eine Zeitschrift	11
Teure Bücherbörse für Belletristik.....	13
Wo versickert das Geld? In den Referaten!.....	14
Intransparenz und Vetternwirtschaft	17
Scheintransparenz	17
Die neue Website der ÖH Uni Wien.....	19
Der geheime Koalitionsvertrag– Postenschacherei.....	20
Demos und die Rechtfertigung von Gewalt	22
NOWKR – jenseits von Gut und Böse.....	22
Blockadetraining– & Demobusse.....	26
Demokratieverständnis	28
Vorsitz ohne Legitimation.....	28
Wahlbetrug oder 300 vergessene Stimmen.....	29
Das allgemeinpolitische Mandat.....	31
Marxismusworkshop statt Studierendenvertretung	31
Wir solidarisieren uns mit der halben Welt	32
Besondere Absurditäten.....	34
Die ÖH schließt einen Kindergarten.....	34
Bekleidungsverbote.....	36
No comment.....	38
Über die österreichische Hochschülerschaft	42
Strukturen/Aufgaben	42
Wahlen–/Wahlrecht	44
Wofür wendet die ÖH Uni Wien Geld auf?.....	47



Finanzdesaster und Geldverschwendung

Das Café Rosa– Eine halbe Million Euro wird in den Sand gesetzt



Mit dem Café Rosa wollte sich die Exekutive der ÖH Uni Wien selbst ein Denkmal setzen. Geworden ist daraus jedoch ein Mahnmal. Die Causa ist auch heute, eineinhalb Jahre nach Schließung des Lokals, noch immer nicht vollständig geklärt und beschäftigt die Justiz. Grund genug also sich die Vorkommnisse nochmals ins Gedächtnis zu rufen.

„Basisdemokratisch, feministisch, antisexistisch, progressiv, antidiskriminierend, antirassistisch, emanzipatorisch, ökologisch-nachhaltig, antifaschistisch, antinationalistisch, antiklerikal, antipatriarchal, antiheteronormativ, antikapitalistisch und solidarisch“



So die Grundsätze des Café Rosa, nach den Vorstellungen der verantwortlichen Fraktionen GRAS, VSSTÖ und KSV-Lili, die auch 2011 bei Gründung des Cafés das Vorsitzteam der ÖH Uni Wien stellten.

Die nüchterne Bilanz: Über eine halbe Million Euro an ÖH-Beiträgen wurden verschwendet. Ob es sich sogar um Untreue handelte, ist derzeit Gegenstand von Ermittlungen der Justiz. Die Hauptverantwortliche, Janine Wulz (GRAS), damals Wirtschaftsreferentin, kurz danach zur Vorsitzenden der Bundes-ÖH befördert und jetzt grüne Kandidatin für den Wiener Gemeinderat, streitet jegliche Schuld ab. Neben dem Massengrab versenkter ÖH-Beiträge ist vor allem das wissentliche Umgehen von gesetzlichen Vorschriften beispielhaft für das Vorgehen der damaligen Koalition. Um Wirtschaftsbetriebe als ÖH zu führen, wäre die Genehmigung des Wissenschaftsministeriums notwendig gewesen. Darüber hinaus müssen alle Wirtschaftsbetriebe in Form von Kapitalgesellschaften errichtet werden. Um diese Regelungen zu umgehen, wurde das Café Rosa als Verein geführt. In einem Bescheid stellte das Ministerium allerdings fest, dass derartige Umgehungsgeschäfte unzulässig sind und das Café Rosa daher rechtswidrig betrieben wurde.

Doch damit nicht genug: Bereits im März 2012 wurde der Betrieb wegen größerer finanzieller Schwierigkeiten eingestellt. Jegliche Schuld wurde von den Verantwortlichen abgestritten. Stattdessen wurden nicht beeinflussbare Faktoren für die Pleite des „antikapitalistischen Studibeisls“ verantwortlich gemacht. So seien die Geschäftsführerinnen „unerwartet schwanger geworden“¹ und außerdem war die Gegend rund um das Café als „Fortgehzone“ nicht geeignet. Die Zahlungsunfähigkeit wurde von den Oppositionsfraktionen bereits deutlich früher vermutet, konnte aber aufgrund der intransparenten Finanzen des Vereins faktisch nicht nachgewiesen werden.

¹ Zitat eines VSSTÖ-Mitglieds in der ZiB2 vom 12. März 2012



Nachwehen

Doch mit der Schließung des Lokals war die Causa noch immer nicht beendet. Der Mietvertrag wurde über fünf Jahre abgeschlossen (bis 2016), somit flossen weiterhin ÖH-Beiträge in das (nicht mehr existierende) Café Rosa. Erst Oktober 2013, 18 Monatsmieten nach Einstellung des Betriebes, fand man einen Nachmieter.

Scheinselbstständigkeit – Wasser predigen und Wein trinken

Die ÖH Uni Wien wie auch die Bundes-ÖH kritisieren in diversen Aussendungen sowie auf deren Online-Kanälen die prekären Arbeitsbedingungen „im Kapitalismus“. Zu den üblichen populistischen Parolen gesellt sich in diesem Zusammenhang durchaus berechtigte Kritik, zum Beispiel über das Problem der Scheinselbstständigkeit.

Auch im ÖH Wahlkampf kritisiert nicht zuletzt der VSSTÖ, mit seiner Spitzenkandidatin Lucia Grabetz, prekäre Arbeitsverhältnisse bei Studierendenjobs. Man scheint vergessen zu haben, dass sie in ihrer Funktion als ÖH-Vorsitzende an der Uni Wien zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖH mit Werkverträgen ausstattete, anstatt reguläre Dienstverträge abzuschließen. Aus diesem Grund wurden auch empfindliche Nachzahlungen in der Höhe von 209.138,67€ an die Wiener Gebietskrankenkasse fällig. „Wasser predigen und Wein trinken.“ So ist offenbar die Haltung der ÖH zum Thema Scheinselbstständigkeit. Mitglieder der ÖH Uni Wien Exekutive begründeten ihr Verhalten inoffiziell damit, dass es ja eh jeder mache, vor allem in der Privatwirtschaft. Die ÖH Uni Wien sei damit lediglich ein Opfer des Kapitalismus, ein Kind ihrer Zeit.



Der ganz normale Förderwahnsinn

Die ÖH Uni Wien ermöglicht die finanzielle Förderung von Projekten, welche von Studierenden initiiert wurden. Im Themenbereich „Projekte“ findet man im Jahresvoranschlag eine Auflistung diverser Projekttöpfe. Diese umfassen beispielsweise einen allgemeinen Projekttopf (95.020 €), einen frauenspezifischen Projekttopf (49.940 €), den Fördertopf für queer-feministische Arbeiten (50.000 €), den allgemeinen Sonderprojekttopf (30.000 €), den frauenspezifischen Sonderprojekttopf (15.000 €) und Förderungen des Koordinationsausschuss (30.149 €).

Wieso sowohl ein Projekttopf, ein Sonderprojekttopf als auch eine Förderung durch den Koordinationsausschuss existieren, obwohl alle der genannten im Wesentlichen ähnliche Projekte fördern, ist nicht ganz nachvollziehbar.

Der allgemeine Projekttopf fungiert allerdings quasi als Handkassa des Vorsitzteams, denn allfällige finanzielle Aufwendungen bedürfen keiner weiteren Genehmigung, sondern liegen einzig und allein in der Verantwortung des Interrefs, das eine Art Koalitionsrat darstellt. Zu etwaigen Aufwendungen gibt es keinerlei Berichte, geschweige denn dass den Mandatarinnen und Mandataren in Sitzungen darüber berichtet wird. Nur durch das Stellen von schriftlichen Anfragen besteht die Möglichkeit als Mandatar zu erfahren, wofür die Gelder verwendet wurden.

Andere Projekttöpfe sind hingegen durch eigene Ausschüsse, in welchen die Geldervergabe transparent und nach vorgegebenen Kriterien erfolgt, demokratisch legitimiert. Im Sonderprojektausschuss beispielsweise fallen die Entscheidung, welche Projekte in welcher Höhe gefördert werden, die Ausschussmitglieder. Diese werden von den Fraktionen entsendet, ihre Anzahl orientiert sich an der Mandatszahl in der Universitätsvertretung.

Die einzige Voraussetzung für die Antragsstellung auf Förderungen aus dem Sonderprojekttopf ist, dass sich die zu fördernden Projekte



mit Themen befassen müssen, welche für Studierende relevant sind und auch hauptsächlich von Studierenden getragen werden. Dies ist auch in den Förderrichtlinien des Sonderprojektausschusses festgeschrieben, womit sichergestellt sein soll, dass die für Projektförderungen verwendeten ÖH-Beiträge letzten Endes auch in irgendeiner Form wieder den Studierenden zu Gute kommen.

Die Realität sieht jedoch anders aus. So steht weniger die studentische Relevanz, sondern vielmehr die gesellschaftspolitische Stoßrichtung eines Projektes im Vordergrund.

Ist ein angesuchtes Projekt der Ausschussmehrheit von VSSTÖ, GRAS und KSV-LiLi politisch genehm, wird es ohne Umschweife und ohne nähere Prüfung des Antrags durchgewunken und zumeist der mögliche Maximalbetrag von 1.000€ ausgeschüttet. Ob das Projekt auch tatsächlich einen Mehrwert für die ÖH-Beiträge abliefernden Studierenden schafft, spielt für die ÖH-Exekutive in der Beurteilung der Förderungswürdigkeit eines Projektes wenig bis gar keine Rolle. Das objektive Kriterium der studentischen Relevanz bestimmt daher bedauerlicherweise nur in der Theorie die Projektauswahl, praktisch regiert vielmehr die politische Opportunität.

Diese Fehlinterpretation bzw. Missachtung der einschlägigen Förderrichtlinie kann anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden. So ist in der Vergangenheit u.a. die queer-feministische Band „Petra und der Wolf“ in den Genuss einer finanziellen Unterstützung für die Produktion eines Musikvideos gekommen, es wurden auch die Veranstalter eines Konzertes für Solidarität mit den Aufständen in der Türkei mit einer Förderung in Höhe von rund 700€ beglückt.

Auch die Fahrt einer „LoveTram“ um den Wiener Ring wurde durch ÖH-Unterstützung ermöglicht, ebenso ein Filmprojekt in Georgien, das sich mit der dortigen Kultur näher auseinandersetzen wollte.



Die Liste ließe sich noch über einige Seiten weiterführen und um zahlreiche Festivals und antifaschistische Sommercamps (Begründung studentischer Relevanz: „Nicht jeder kann es sich leisten, sich im Sommer auf den Malediven zu bräunen.“) erweitern. Es soll hier aber nur exemplarisch aufgezeigt werden, wie es um den Sonderprojektausschuss an der Uni Wien bestellt ist.

Unique– 158.000 € für eine Zeitschrift

Was wäre eine Körperschaft öffentlichen Rechts ohne eigene Zeitung? Wenn man berücksichtigt welche horrenden Summen für den Druck der ÖH Uni Wien Zeitschrift „Unique“ ausgegeben werden, wird klar, dass die Herausgabe einer Zeitschrift zu den Kernaufgaben der ÖH gehört. 158.114€² werden jährlich für die „Unique“ ausgegeben, das entspricht rund 16% des Budgets der ÖH Uni Wien, wobei die meisten Kosten (148.000€) auf Druck und Versand entfallen. Bis dato gibt es auch keine Möglichkeit diese Zeitschrift abzubestellen, sie wird jedem, der an der Uni Wien inskribiert ist und seinen Hauptwohnsitz in Wien hat, zugestellt. Die Tatsache, dass vermutlich sehr viele Ausgaben sofort beim Öffnen des Postkastens im Papierkorb verschwinden, scheint die ÖH Uni Wien trotz der damit verbundenen Ressourcenverschwendung nicht zu stören.

Aber Moment mal: Wieso sollte jemand die Zeitschrift der ÖH Uni Wien wegschmeißen? Ist es nicht gerade für uns Studierende relevant, möglichst gut rund ums Studium und über die Serviceleistungen der ÖH informiert zu sein?

Die Frage ist wohl eher: Welche Themen betrachtet die ÖH Uni Wien für Studierende als relevant? Wer in dieser Zeitschrift nach Uni Wien–relevanten Informationen, Karrieretipps oder Infos zur

² vgl. JVA 2014/15, Stand 17.3.2015; der Begriff „Ausgaben“ bezieht sich auf die Nettoausgaben des Budgetpostens.



ÖH-Beratungstätigkeit sucht, wird enttäuscht sein. Auch wer Lerntipps oder andere nützliche Hinweise finden möchte, wird in einer Tageszeitung, im dortigen Hochschul-Teil, mehr nützliche Informationen finden.

Hingegen findet man zahlreiche Artikel über die „bösen Auswüchse des Kapitalismus“ in der Unique. Auch finden sich Artikel zum Thema Sexualität, unter dem Titel SMart beschreibt ein Unique-„Redakteur“ ausführlich seine Vorlieben für Sadomaso. Was dieses Thema nun in einer ÖH-Zeitschrift zu suchen hat, ist nicht ganz klar. Falls sich neben „allgemeinpolitischen Themen“ auch studienrelevante finden würden, wären solche Artikel noch eher verkraftbar und würden wohl zumindest für allgemeine Erheiterung sorgen.

Eines sollte auf jeden Fall klar sein: Studierende verdienen eine Zeitschrift, welche ihnen persönlich einen Mehrwert bietet und kein ideologisch aufgeladenes Medium ohne näheren Studienbezug. Durch den Verzicht einer Printversion würden 148.000€ jährlich für andere Zwecke, zum Beispiel für Sozialstipendien, frei. Die Zeitschrift würde, wenn sie nur online veröffentlicht wird, niemandem abgehen!

Auszug aus dem Artikel „SMart“, welcher sich in der mit ÖH-Beiträgen finanzierten Zeitschrift „Unique“³ findet:

„Ich muss mich auf die Folterbank legen, mein Kopf wird mit dem restlichen Seil fixiert, sodass ich ihn kaum heben kann. Mit einem Rohrstock schlägt Dirk nun auf meinen Hintern ein, so fest, dass mir die Luft wegbleibt. Ich schreie laut, kreische fast, ich möchte flüchten vor diesen brennenden Schmerzen weit jenseits meiner Grenze. Das hier ist mir jetzt zu viel. Dirk erhört mich, bindet mich los, ich darf mich aufsetzen. Er blickt mir in die Augen, kalt, emotionslos, gemein - und gibt mir wieder ein paar heftige Ohrfeigen. Diesmal kann ich die Tränen nicht zurückhalten und schluchze los wie ein Schlosshund.“

³ Ausgabe 06/14, siehe auch: <http://www.univie.ac.at/unique/uniquecms/?p=4847>.



Teure Bücherbörse für Belletristik

Was lässt sich mit rund 30.000€ jährlich umsetzen? Etwa die Beratungszeiten in den Ferien ausweiten oder Studierende mit Kind durch Betreuungsangebote besser unterstützen. 30.000€ ließen sich aber auch dazu verwenden, vermehrt die Möglichkeit für Studierende zu schaffen, ihre nicht mehr benötigten Lehrbücher anderen Studierenden zur Verfügung zu stellen, vor allem wenn man berücksichtigt, dass am Semesteranfang sehr viel Geld (je nach Studienrichtung mehrere hundert Euro) für den Kauf neuer Bücher ausgegeben wird. Dieses Problem wurde natürlich auch von der ÖH Uni Wien Exekutive aufgegriffen: So werden jährlich über 30.000€ für die Förderung einer zentral am Neuen Institutsgebäude gelegenen Bücherbörse ausgegeben. So weit so gut.

Allerdings lohnt sich ein genauerer Blick auf jene Bücherbörse: Dort finden sich auf vergleichbar kleinem Raum mehrere Regale voller Belletristik Bücher. Wer nun gerade auf der Suche nach abgegriffenen Rosamunde Pilcher oder Donna Leon- Büchern ist, dem sei diese Bücherbörse sehr ans Herz gelegt. Wer allerdings nach fachspezifischen Büchern für seine Studienrichtung sucht, wird den Weg vergeblich auf sich genommen haben. Im besten Fall ergattert man umgeben von banalen Liebesromanen die eine oder andere Ausgabe des Kapitals von Marx. Von studienrelevanter Fachliteratur meist keine Spur. Dies ist allerdings erst die Spitze des Eisberges – Bücher aus den Fachbereichen BWL, VWL und Jus werden trotz gegenteiliger Aussagen in Sitzungen des Finanzausschusses erst gar nicht angenommen. Der Grund für die verwunderliche Tatsache, dass man tonnenweise Belletristik annimmt, Büchern aus bestimmten Studienrichtungen aber die Aufnahme verwehrt, ist nicht bekannt, auch wenn dieser Sachverhalt mehrmals von Seiten der Opposition in der ÖH Uni Wien bei Sitzungen der Universitätsvertretung angesprochen wurde. Ebenso wie das Faktum, dass die offiziellen Öffnungszeiten von Seiten der Bücherbörse selten eingehalten werden und man



oftmals vor geschlossener Türe mit dem Zettel „Sind gleich wieder da“ vertröstet wird.

Angesichts dessen fragt man sich, ob eine solche Bücherbörse wie sie derzeit geführt wird, überhaupt einen erkennbaren Mehrwert für Studierende erbringt. Zudem sei erwähnt, dass die 30.000 € fast ausschließlich durch Personalkosten bedingt sind. Ob eine derart geringe Qualität bei derart hohen Kosten zu rechtfertigen ist, ist mehr als fraglich.

Wo versickert das Geld? In den Referaten!

Referate sind jene Organisationseinheiten innerhalb der ÖH Uni Wien, die durch ihre Satzung ins Leben gerufen wurden. Neben durchaus sinnvollen Referaten, gibt es auch explizit ideologisch angehauchte, welche keinen wirklichen Mehrwert für Studierende haben. Weitgehend unbemerkt wird in diesen Geld für fragwürdige Projekte aufgewendet.

Vom 1,1 Millionen Euro Budget der ÖH Uni Wien wird der größte Teil, rund 700.000 € (63%) zur Finanzierung der ÖH-Referate verwendet. Einige von diesen Referaten erfüllen wichtige Funktionen, so beispielsweise das Referat für Bildungspolitik, das Sozialreferat und das Wirtschaftsreferat, diese sind allerdings auch gesetzlich verpflichtend vorgeschrieben. Auf der anderen Seite wurden durch die ÖH-Exekutive aber Referate geschaffen, welche weder vorgesehen sind noch Relevanz für Studierende haben. Unter diese „allgemeinpolitischen“ Referate fallen beispielsweise ein Arbeiter*innenkinderreferat, das sich entgegen seinem Namen nicht um die Anliegen von Studierenden mit schwachem sozioökonomischen Hintergrund kümmert, sondern wohl eher den Namen „Referat für Extrem-Marxismus“ verdient hätte. Das Alternativreferat hat einen ähnlich fragwürdigen Arbeitsschwerpunkt. Jene angesprochenen Referate erhalten



fünfstellige Eurobeträge ⁴ zugeteilt. Da sie im Gegenzug Arbeitsberichte präsentieren, die in ihrem Umfang auch auf einem Post-It Platz hätten, kann man erahnen, aus welchem Kalkül diese Referate ursprünglich gegründet wurden.

Müssen diese Geldbewegungen nicht bewilligt werden?

Nein, müssen sie nicht. Jedes Referat hat nämlich eine personelle Grundausstattung in Form eines Referatsleiters und mehreren Sachbearbeitern. Diese erhalten Aufwandsentschädigungen, auch wenn sich der tatsächliche Arbeitsaufwand nur schwer überprüfen lässt und der Umfang der Referatsberichte andeutet, dass es sich bei so manchem Referat eher um einen Versorgungsposten handeln könnte.

Hier exemplarisch der Referatsbericht des Arbeiter*innenkinderreferates⁵, der die Tätigkeit des Referenten und seines Sachbearbeiters über knappe zwei Monate widerspiegelt:

Referatsbericht AKI (Arbeiter_innen Kinder)

-) Plakate des Referats sind in der Layoutphase und werden so bald wie möglich gedruckt

-) Buchpräsentation „Rechte Kulturrevolution“ von Natascha Strobel, Julian Bruns und Kathrin Glösel ist in Planung. Termin und andere Informationen werden noch veröffentlicht.

Es gäbe in diesem Bereich enorm viel Einsparungspotenzial. Versorgungsposten müssen bedingungslos abgeschafft werden, damit mehr Geld für die Anliegen der Studierenden zur Verfügung steht.

⁴ vgl. JVA 2014/15, Stand 17.3.2015

⁵ Referatsbericht aus der UV-Sitzung vom 17. März 2015



Von Seiten der Opposition wurde auch immer wieder beklagt, dass es bis heute kein eigenständiges Sportreferat gibt. Ein solches ist an anderen Hochschulen Standard. Die Möglichkeit günstig Sport betreiben zu können, ist ein Anliegen vieler Studierender. An anderen Universitäten werden darüber hinaus auch gemeinsame Sportveranstaltungen organisiert. Weswegen die ÖH Uni Wien dieses Thema vollkommen ignoriert, ist nicht zu verstehen.



Intransparenz und Vetternwirtschaft

Scheintransparenz

Die ÖH Uni Wien stellt alle Jahresvoranschläge auf die Homepage und scheint auch sonst eher transparent zu agieren, zumindest im Vergleich mit anderen Universitätsvertretungen. Auch in einem Schwarzbuch sollte man positive Dinge nicht unerwähnt lassen. Wenn man allerdings auf einen Vergleich mit anderen Universitätsvertretungen verzichtet und die Sache nüchtern betrachtet, so stellt man zwangsläufig fest, dass es definitiv Dinge gibt, die anders laufen sollten. Dies betrifft vor allem folgende Punkte:

1. Einsichtsrecht in Rechnungen für Mandatare

Grundsätzlich steht es allen Mandataren zu, Einsicht in alle Rechnungen zu nehmen. Dazu ist es lediglich erforderlich eine E-Mail an den Wirtschaftsreferenten zu schicken, der sich dann individuell Zeit nimmt. So läuft es in der Praxis jedoch nicht ab. Ein Mandatar der Opposition, der Einsicht in Unterlagen nehmen wollte, musste auf den Termin mehrere Monate warten. Am tatsächlichen Termin hat man ihm nur wenige Minuten zur Einsichtnahme gewährt, bevor man ihn wieder hinausbegleitet hat. Ersatzmandataren wird die Einsicht in Rechnungen generell verweigert, was im Besonderen kleinere Fraktionen mit wenigen Mandaten in ihren Kontrollrechten benachteiligt.

2. „Amtsverschwiegenheit“

Nun gibt es auch die Möglichkeit Anfragen an Organe der ÖH Uni Wien zu stellen oder bei Einsichtnahme Kopien von Rechnungen anzufertigen. In beiden Fällen wird man von Seiten der ÖH-Exekutive bzw. ihres jeweiligen Organs angehalten keinesfalls Informationen weiterzugeben, da diese der Amtsverschwiegenheit unterliegen. Wir reden nicht über personenbezogene Daten,



sondern über ganz normale Rechnungsposten. Dies ist rechtlich so nicht haltbar. Die Veröffentlichung von Informationen aus Anfragen und Rechnungen ist nicht automatisch mit rechtlichen Konsequenzen verbunden. Mit der Begründung der Amtsverschwiegenheit weigerte sich die ÖH Uni Wien Exekutive anfänglich auch Anfragen der Unipiraten, in das zu veröffentlichende Protokoll zu übernehmen.

3. Die Protokolle des Finanzausschusses

Der Finanzausschuss ist mit Abstand der wichtigste Ausschuss der ÖH Uni Wien, da es hier in kleinem Rahmen möglich ist das Budget der ÖH zu diskutieren. Allerdings wurden die Protokolle des Finanzausschusses in der Vergangenheit mit der Begründung der „Amtsverschwiegenheit“ nicht veröffentlicht. Von Seiten der Opposition hat es in diesem Zusammenhang den Vorschlag gegeben, dass personenbezogene Daten, welche aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht weitergegeben werden dürfen, nicht ins Protokoll übernommen werden. Dieser Antrag wurde letztlich zwar angenommen, allerdings wurde im darauffolgenden Finanzausschuss gefordert keine Wortprotokolle mehr zu führen. Durch diesen Umstand sind den Protokollen des Finanzausschuss praktisch keinerlei Informationen mehr zu entnehmen, welche man nicht auch aus dem Protokoll der Sitzung der Universitätsvertretung entnehmen könnte. Die Frage wieso ein Mandatar nicht öffentlich zu dem stehen soll, was er in seiner Vertretungsfunktion sagt, ist für uns nicht ganz einleuchtend.



Die neue Website der ÖH Uni Wien

In Anbetracht der lächerlichen Zugriffszahlen, die im Zuge von Sitzungen der Universitätsvertretung präsentiert wurden, verwundert es nicht, dass viele Leser vermutlich gar nichts von einer neuen Website mitbekommen haben. Mit der Schaffung einer neuen Homepage kam man scheinbar der Forderung der Opposition nach, doch endlich einen übersichtlicheren Online-Auftritt zu gestalten. Wobei eine größere Übersichtlichkeit letztlich nur bedingt gegeben ist.

Wie intransparent wurde der Projektzuschlag vergeben?

Über die Ausschreibung des Projektes erfuhr man wenig bis nichts. Den Zuschlag erhielt dann – wenig überraschend – eine Person aus dem SPÖ-nahen Umfeld, der schon bei einer ihrer Vorfeldorganisationen, der AKS (Aktion Kritischer Schülerinnen und Schüler) als stellvertretender Bundesvorsitzender tätig war. Auch das öffentlich bekannte Portfolio jener Person umfasst einige Projekte für die rote Partei:

Webapplikationen der SPÖ im EU-Wahlkampf,
Kampagnen- Website für SPÖ-Jugend im EU-Wahlkampf,
Homepage für die SPÖ-Bundesfrauen im NR-Wahlkampf 2013,
Website des Werner Faymann Personenkomitees,
Website des sozialistischen Pensionistenverbands (PVÖ),
Mitarbeit an der Homepage der Salzburger SPÖ.⁶

Das Design ist geheim

Kurioserweise wurde uns vor Beschluss der neuen Website das Design gezeigt. Das gezeigte, ausgedruckte Dokument wurde allerdings als „geheim“ eingestuft. Keine Infos durften darüber in die weite Welt getragen werden. Der Start verlief holprig: Nach der Ankündigung auf Facebook, die neue Website befinde sich online, hagelte es Postings von Usern, die diese nicht erreichen konnten.

⁶ siehe: <http://www.2robots.at/>



Aber auch hinter den Kulissen fand das Chaos kein Ende. Verlinkungen waren anfangs noch falsch gesetzt und viele der Referate auf die Bedienung dieser noch nicht eingeschult. Man hatte also ein neues System, aber niemand konnte es benutzen: Großartig! Die dafür notwendigen Einschulungen der einzelnen Referate, gestand man dann bei der nächsten Sitzung der Universitätsvertretung ein, fanden erst nach dem Launch statt.

Der geheime Koalitionsvertrag – Postenschacherei auf höchstem Niveau

Im Gegensatz zu diversen anderen Koalitionsverträgen, die gerne von den handelnden Politikern öffentlich präsentiert werden, handelt es sich beim Koalitionsvertrag der ÖH-Exekutive um ein „geheimes Dokument“, zumindest weigerte man sich bisher dieses vollständig zu veröffentlichen. Von Seiten der Unipiraten gab es bereits in der ersten ÖH-Sitzung den Antrag diesen Vertrag doch bitte offenzulegen, immerhin hätten die Studierenden ein Recht zu erfahren, welche Ziele die Koalition habe und welche konkreten Vereinbarungen man untereinander getätigt habe. Dieser Antrag wurde von der Aktionsgemeinschaft und den JUNOS unterstützt, von den Exekutivfraktionen VSSTÖ, GRAS und KSV-Lili aber abgelehnt, weshalb der Antrag nicht angenommen wurde. Letztlich wurde der Koalitionsvertrag aber *geleakt* und weitergegeben. Im Anschluss wurde er von einer Person der Aktionsgemeinschaft online veröffentlicht. Zum Ärger der Exekutive, welche allen Personen, die den Koalitionsvertrag verbreiteten mit strafrechtlichen Konsequenzen drohte. Zu dieser Verfolgung kam es wenig überraschend nicht.

Weshalb wurde also aus einem „einfachen“ Koalitionsvertrag ein dermaßen großes Drama gemacht? Was hat die ÖH Uni Wien-Exekutive vor Studierenden zu verbergen?



Vermutlich weniger, dass sich in diesem diverse fragwürdige und absurde Aussagen finden. Selbst die ohnehin bekannte Forderung nach mehr „Karl Marx-Lesezirkeln“ ist eher unproblematisch. Für die Exekutive eher „unangenehm“ ist vermutlich die Tatsache, dass sich dort eine Auflistung befindet, welche Fraktion nun welches Referat bekommen soll. Die Referents- und Sachbearbeiterposten müssen nämlich öffentlich ausgeschrieben und transparent vergeben werden. Das war allerdings zu keinem Zeitpunkt angedacht, wie aus dem Koalitionsvertrag klar hervorgeht. Es handelt sich um einen klassischen Fall von Postenschacherei. Inoffiziell wurde dieser Sachverhalt wieder mal so begründet, dass es ja eh jeder so mache und es sich hierbei um ein Grundübel des Kapitalismus handle. Wiederum zeigt sich also, dass die ÖH Uni Wien aus ihrer Sicht keinerlei Fehler begangen habe, sondern lediglich ein Opfer des Kapitalismus sei.



Demos und die Rechtfertigung von Gewalt

NOWKR – jenseits von Gut und Böse

Mit jeweils 3.000€ wurde NOWKR und die Offensive gegen Rechts (OGR) für die Demonstrationen gegen den von der FPÖ veranstalteten Akademikerball im Jänner 2014 unterstützt. Dass die Hochschülerinnenschaft an der Uni Wien die Demonstrationen unterstützen möchte, ging aus einem Antrag zu Jahresbeginn hervor, in diesem war allerdings von Geldbeträgen niemals die Rede. Wie konnte man diese ungewünschte Förderung trotzdem an das Bündnis NOWKR, welches für die Ausschreitungen im Zuge des Akademikerballes 2014 maßgeblich verantwortlich war, bringen? Ganz einfach: Erst ab 9.000€ braucht die Exekutive die Zustimmung des kontrollierenden Finanzausschusses. Zum Nachlesen der Wortlaut des Antrags:

„Die Universitätsvertretung der ÖH Uni Wien möge beschließen:

Die Proteste gegen den Akademikerball (vormals WKR-Ball) werden von der Universitätsvertretung der ÖH Uni Wien unter anderem medial unterstützt - beispielsweise ein Aufruf zu den Demonstrationen sowie eine öffentlichkeitswirksame Kritik der zu erwartenden staatlichen/polizeilichen Repression. Im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit wird insbesondere darauf geachtet, einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus, wie sie von vielen Positionen der selbsternannten „politischen Mitte“ vollzogen wird, entgegen zu wirken. Explizit soll dadurch antifaschistisches Engagement unterstützt werden, um gegen rechtsextreme Umtriebe wie den Akademikerball, sowie gegen den rassistischen Normalzustand und Alltagsrassismus in Österreich zu mobilisieren.“⁸

⁸ wörtlich nachzulesen im Protokoll der Universitätsvertretung vom 17.01.2014, http://oeh.univie.ac.at/sites/default/files/CMS/dokumente/uvprotokolle/2013-2015/2014_01_17.pdf



Man hat die Geldflüsse also bewusst vor dem kritischen Auge der Öffentlichkeit versteckt. Bei Nachfragen der Tageszeitung „DiePresse“ über eine etwaige Unterstützung von NOWKR und OGR war zunächst auch „nur“ von je 1.000€ die Rede. Erst auf Nachdruck der Fraktionen der Opposition (AG, JUNOS und Unipiraten) legte man alle Karten auf den Tisch: Je 3.000€ wurden an beide Organisationen für die Demonstration ausbezahlt. Dreimal so hoch als ursprünglich angenommen. Die fadenscheinige Ausrede: Man habe den Wirtschaftsreferenten der ÖH Uni Wien erst später erreichen können.



Auch auf der Facebookseite der ÖH Uni Wien wird Werbung für das Bündnis NOWKR gemacht

Die Krawallnacht des 24. Jänners 2014:

Unter tausenden Menschen, welche friedvoll für ihr berechtigtes Anliegen, gegen Rechtsextremismus, demonstrierten, fanden sich auf Seiten des Bündnisses NOWKR, auch schwarz verummte Autonome, welche neben Polizeiautos auch kleine Geschäfte in der Wiener Innenstadt verwüsteten und eine Spur des Chaos hinterließen. Der Sachschaden betrug Schätzungen zufolge mehrere hunderttausend Euro. Schon im Vorfeld fiel die Organisation durch gewaltverherrlichende Slogans („Unseren Hass den könnt ihr haben“) auf.



Lernresistent: die ÖH Uni Wien

Im Zuge der nächsten Sitzung der Universitätsvertretung wurden die Ausschreitungen von Seiten der Opposition thematisiert. Bereits einige Monate zuvor meinte die damalige Öffentlichkeitsreferentin, dass man sich nicht vom Schwarzen Block distanzieren sollte.

„Nein, das tun wir nicht uns gegen den schwarzen Block abgrenzen.“⁹

Ähnliche Aussagen sind von diversen Funktionären der ÖH Uni Wien auch in der Sitzung vor dem Akademikerball am 17.1.2014 gefallen. Ganz anders die Bundes-ÖH, die das Treiben in Wien sehr wohl kritisch beäugte und nur auf ihre Unterstützung des Bündnisses „Jetzt Zeichen setzen“ verwies, welches friedlich für ihr berechtigtes Anliegen demonstrierte. Eine damals von oppositioneller Seite formulierte Befürchtung ist dann auch tatsächlich eingetreten: Die Gewaltausschreitungen haben die konstruktive Debatte über Rechtsextremismus und die Frage, ob der Ball zukünftig noch in der Hofburg stattfinden soll, medial an den Rand gedrängt.

⁹ wörtlich nachzulesen im Protokoll der Universitätsvertretung vom 16.10.2013, http://oeh.univie.ac.at/sites/default/files/CMS/dokumente/uvprotokolle/2013-2015/2013_10_16.pdf



Bundes-Grüne um Beruhigung bemüht

Nach der Krawallnacht, die in dieser Ausprägung wohl alle erschüttert hat, machte man sich auf die Suche nach den Verantwortlichen. Die Betreiber der Website 'nokwr.at' wurden ausfindig gemacht und – siehe da – die jungen Grünen kamen zum Vorschein. Von Seiten der Bundes-Grünen war man bemüht, sich von der Parteijugend zu distanzieren.

2015 – Lernt die ÖH Exekutive aus ihren Fehlern?

Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren hat man in diesem Jahr davon abgesehen das Bündnis NOWKR namentlich zu erwähnen. Allerdings wurde durch den Koordinationsausschuss der ÖH Uni Wien eine Veranstaltungsreihe zum Thema organisiert. Von weiteren Subventionierungen durch das Projektbudget wurde jedoch im Jahr 2015 abgesehen, wie aus einer Anfrage der JUNOS an das Wirtschaftsreferat hervorgeht.

Nachdem die Betreiber des Bündnisses NOWKR auf deren Website gewaltverherrlichende Hassbotschaften kundtaten und auch Gewalt nicht ausschließen wollten, wurde das Bündnis wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ angezeigt und die Kundgebung kurzerhand verboten. Zudem wurden im Vorhinein einige Demobusse am Weg nach Wien abgefangen, in welchen man auch Waffen (Messer, Schlagringe etc.) sicherstellen konnte.

Dies trug nicht zuletzt auch dazu bei, dass die Demonstrationen diesmal friedlich verliefen und friedvolle Antifaschisten nicht fürchten mussten, in einen Topf mit gewaltbereiten Antidemokraten geworfen zu werden.

In den darauffolgenden Wochen bekundete NOWKR sich in „Offensive gegen Österreich“ umzubenennen. Dem Bündnis gelüstet es nun, offen und ohne Scham, nicht nur nach Demonstrationen gegen rechtsnationalistische Burschenschaften, sondern auch nach der kommunistischen Umwälzung der Gesellschaft. Ziel war „überhaupt kein Kapitalismus“, oder wie es



in einer Pressemappe lautete: „There is an alternative: Kommunismus statt Österreich.“

Blockadetraining– & Demobusse

Dass die ÖH zu Protesten und Demonstrationen gegen den Akademikerball der FPÖ in Wien aufruft, ist bereits Normalzustand. Sie half auch dabei diese zu organisieren und veranstaltete im Vorfeld Sitzblockadetrainings, welche die Demonstrierenden auf die Demo am 30.01.2015 vorbereiten sollten. Am Donnerstag den 15.01.2015 wurde von der ÖH Uni Wien ein Newsletter an alle Studierenden geschickt, welcher unter Punkt „2.1) Akademikerball: Veranstaltungen und Vorbereitung im Vorfeld“ auf diese Sitzblockadetrainings hinweist. Hier Auszüge dieser Veranstaltungen:

- 16.01. Öffentliches Aktionstraining: Wir stellen uns quer aber wie?
Interventionistische Linke
16 Uhr, WUK, Währinger Straße 59, 1090 Wien¹⁰
- 28.01. Verhalten auf Demos und Blockadetraining ÖH Akademie
der Bildenden Künste
19 Uhr, Akademie der Bildenden Künste, Schillerplatz 3
- 29.01. [Für ein Ende der Gewalt] Blockade oder Barrikade? Über Sinn
und Unsinn linker Militanz
NOWKR
19 Uhr, NIG HS III, Universitätsstraße 7, 1010 Wien¹¹

Dass die ÖH Uni Wien das Ganze auch finanziell mit ÖH-Beiträgen der Studierenden unterstützte, ist in den Protokollen der Universitätsvertretung festgehalten.

Aber die ÖH der Uni Wien sollte nicht die einzige lokale HochschulInnenvertretung bleiben, die das Randalieren in der

¹⁰ <http://www.interventionistische-linke.at/termin/oeffentliches-aktionstraining-der-il-wien/>

¹¹ <http://NOWKR.at/termine-2/>



Ballnacht finanziell unterstützte und möglich machte. Die ÖH der Akademie der bildenden Künste veranstaltete Blockadetrainings, in Salzburg übernahm man die Fahrtkosten gegen Vorlage einer Inskriptionsbestätigung. Auch Graz beteiligte sich an der Organisation eines Busses. Man konnte sich entweder persönlich oder später via Email (NOWKR_buseins@riseup.net) anmelden. Studierende fuhren gratis, alle anderen zahlten 5€ bzw. 1€, je nachdem, ob sie ein Einkommen hatten oder nicht.¹²

¹² <http://oehunigraz.at/akademikerball-2014/>, <http://oehunigraz.at/allgemein/busse-zur-demonstration-gegen-wiener-akademikerball/>, <http://www.oeh-salzburg.at/news-medien/demo-zur-no-wkr-ball>



Demokratieverständnis

Vorsitz ohne Legitimation

Das Bundesgesetz über die Vertretung der Studierenden ist sehr eindeutig. In ihm ist festgehalten, dass die Hochschulvertretungen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter zu wählen haben. Die Vorsitzende muss also jedenfalls selbst Mandatarin der Universitätsvertretung sein. Jedoch hat der VSSTÖ nur sieben Mandate und die aktuelle Vorsitzende der ÖH Uni Wien kandidierte auf Listenplatz 12. Wie geht denn das?

Gott sei Dank fanden sich unter den ersten 11 der gewählten Liste gleich fünf treue Genossen und Genossinnen, die sofort bereitwillig auf ihr Mandat verzichteten.

Die Studierenden wählen dem Gesetz nach eigentlich einen Wahlvorschlag, also eine konkrete Abfolge an Personen. Deshalb spricht man auch von der Wahl einer Liste und nicht einer Partei, aber wer wird schon so streng sein, wenn man ein halbes Jahr vor der nächsten Wahl die Vorsitzende der größten Hochschülerschaft Österreichs austauschen möchte. Die ausgewechselte, ehemalige Vorsitzende der ÖH Uni Wien musste schließlich in die Bundes-ÖH wechseln, um als Spitzenkandidatin des VSSTÖ bei der kommenden Wahl antreten zu können.



Wahlbetrug oder 300 vergessene Stimmen

"Die Wahlkommission bei der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft hat in ihrer Sitzung am 10.6.2013 aufgrund Ihres Einspruches vom 1. Juni 2013 gegen die ziffernmäßige Ermittlung der Unterwahlkommission (UKW) 4 an der Universität Wien wie folgt entschieden: Ihrem Einspruch wird gemäß § 45 Abs. 5 Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 1998 stattgegeben."

Hinter diesem kryptischen Statement verbirgt sich das Happy End eines demokratiepolitischen Skandals. Was war geschehen?

Bei den ÖH-Wahlen 2013 war das Ergebnis der Wahl zur Studienvertretung am Juridicum knapper als in den vergangenen Jahren. Aufgrund der hohen Zahl an wahlberechtigten Studierenden, werden diese traditionell anhand ihrer Nachnamen in drei Unterwahlkommissionen aufgeteilt. Die Ergebnisse dieser drei Kommissionen wichen in der Vergangenheit nie um mehr als ein paar Prozentpunkte ab. Auch diesmal betrogen die Abweichungen beim Ergebnis der Wahl zur Universitätsvertretung für die erstplatzierte Aktionsgemeinschaft zwischen diesen drei Buchstabengruppen lediglich 0,13%. Bei der Wahl zur Studienvertretung ergab sich ein völlig anderes Bild, das Ergebnis einer der drei Kommissionen fiel für einige AG-Kandidaten um über 30% schlechter aus als bei den beiden anderen Kommissionen. Diese Abweichung war nicht zu erklären, zur Erinnerung: Die Abweichung im selben Wahllokal auf Ebene der Universitätsvertretung betrug lediglich 0,13%!



Nach zweiwöchigem Bitten, doch mittels einer Nachzählung dieses Ergebnis endlich zu überprüfen, rang sich die für die gesamte Universität Wien zuständige Wahlkommission durch und zählte doch noch nach.

Das Ergebnis: In Summe gab es eine Abweichung von 321 Stimmen. Den Kandidaten der Aktionsgemeinschaft waren 266 Stimmen unterschlagen worden. Wohingegen bei Kandidaten der Listen VSSTÖ, GRAS und KSV-Lili Stimmen teilweise „doppelt“ gezählt wurden.

Bei der ursprünglichen Auszählung, die das falsche Ergebnis brachte, war je eine Vertrauensperson des VSSTÖ, KSV-Lili sowie der GRAS und der AG anwesend, wobei nach dem Vieraugenprinzip gearbeitet wurde. Welche Fraktionsvertreter sich konkret "verzählt" haben,

Kandidat	Fraktion	Stimmen	Stimmen vor Korrektur	
Spießberger Daniela	AG	1260	1155	-105
Hetzmannseder Johanna	AG	931	899	-32
Kitzmüller Kaleb	AG	921	884	-32
Zuckerstätter Florian	VSSTÖ	901	896	-5
Ocak Christine	AG	812	768	-44
Lattner Florian	AG	783	735	-48
Schnattinger Iris	VSSTÖ	754	745	-9
Schallar Manuel Reinhold	VSSTÖ	705	713	+8
Schuhmann Julius	VSSTÖ	702	716	+14
Krischke Katharina	VSSTÖ	682	691	+9
Gauglhofer Julia	GRAS	291	292	+1
Wiederkehr Christoph	JULIS	248	246	-2
Wöckinger Andreas	GRAS	204	209	+5
Knaipp Florian		117	118	+1
Hohenecker Marcus	PIRAT	99	99	0
Wagner Wolfgang	PIRAT	79	79	0
Wojcik Dariusz	SOLI	43	44	+1

wird niemals restlos geklärt werden können. Ohne Zweifel feststeht allerdings, welche Fraktionen davon profitiert haben und welche der massiv Leidtragende war.

Die durch einen hohen Beamten des Ministeriums geleitete Bundeswahlkommission hob in der Folge das Ergebnis auf und verlautbarte das Korrigierte. Schlussendlich setzte sich der Rechtsstaat doch noch durch.



Das allgemeinpolitische Mandat

Marxismusworkshop statt Studierendenvertretung

Es hängt ein Bildnis von Karl Marx und mit Graffiti sind gewaltverherrlichende Slogans („Schwanz ab“) an die Wand geschmiert. Antifa-Plakate mit der Aufschrift „Ganz Wien liebt den schwarzen Block“ schmücken den Raum, an den Wänden prangern zahlreiche andere sehr fragwürdige Slogans. Um welchen Raum handelt es sich? Natürlich um das Großraumbüro der ÖH Uni Wien.

Was ist ÖH-Politik? Geht es um die Interessen der Studierenden? Welche Projekte ließen sich mit einem Budget von einer Million Euro an der Universität Wien verwirklichen? Braucht es ein Referat für Arbeiter*innenkinder, welches in erster Linie marxistisch-angehauchte Workshops veranstaltet? Braucht es ein Alternativreferat, zu dessen Aufgaben es zählt Kritik am neoliberalen System zu üben? Braucht es eine ÖH eigene ideologisch durchgefärbte Zeitschrift, deren Druck und Versand alleine rund 148.000 € jährlich verschlingt. Wie sinnvoll ist es, das linksextremistische Bündnis NOWKR, welches maßgeblich für die mit dem Akademikerball einhergehenden Verwüstungen der Innenstadt verantwortlich ist, mit 3.000 € (2014) an ÖH-Beiträgen zu sponsern?

Als Argument für die genannten Ausgaben wird immer wieder angeführt, dass die ÖH-Exekutive (VSSTÖ, GRAS und KSV-Lili) ja ein allgemeinpolitisches Mandat habe, sich also deswegen für Marxismus und gegen „reaktionäre Tendenzen“ einsetzen solle. Dem Koalitionsvertrag der ÖH nach ist beispielsweise Antikommunismus „ein einander Moment reaktionärer Kräfte“. Außerdem hätte ja die letzte ÖH-Wahl gezeigt, dass die Studierenden mehrheitlich hinter der Exekutive stehen. Dieses Argument bei einem Nichtwähleranteil von über 70% anzuführen, spricht natürlich für sich. Wir, die Opposition, wollen hingegen



eine starke ÖH, die sich für Studierende und deren Anliegen einsetzt. Ideologisch eingefärbte Zeitschriften & Cafés gehören da eindeutig nicht dazu.

Wir solidarisieren uns mit der halben Welt

Die derzeitige Exekutive der ÖH Uni Wien hat aufgrund der exzessiven Nutzung ihres „allgemeinpolitischen Mandates“ den Drang entwickelt, sich mit allem und jedem solidarisieren zu müssen.

Dabei beschränken sich die Solidarisierungen mit Protesten, Personen und Organisationen nicht nur auf Österreich. Die ÖH-Exekutive stellt den Anspruch, sich – zumindest gefühlt – mit der „halben Welt“ zu solidarisieren. Der Facebook-Seite der ÖH Uni Wien ist beispielsweise zu entnehmen, dass die ÖH zu einer Solidaritätsdemo am 14.01.2011 gegen den Umgang der Regierung Orbán mit Meinungs- und Medienfreiheit aufgerufen hat. Man solidarisiert sich mit der ungarischen Opposition. Es handelt sich immerhin noch um einen Nachbarstaat.

Am 24.10.2014 kam es in der Universitätsvertretung zu dem Antrag „Halt Stand Kobani“ zur Solidarisierung mit Kobani. Kurz zur Erklärung: Kobane ist eine Stadt im Norden Syriens und war ab Mitte September 2014 Austragungsort eines erbitterten Kampfes zwischen dem Islamischen Staat (IS) und den kurdischen Peschmerga-Milizen. Es ist keine Frage, dass dieser Krieg schrecklich ist und zahlreiche Todesopfer fordert. Es ist unbestritten, dass die Weltgemeinschaft etwas unternehmen muss. Die Frage, die man sich aber sehr wohl stellen sollte ist, ob diese Region wirklich noch das Aufgabengebiet der Vertretung der Studierenden an der Universität Wien ist. Der Antrag wurde am 24.10.2014 in der 1. ordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung im Wintersemester 2014/15 mit einem Ergebnis von 17 Prostimmen und 9 Enthaltungen beschlossen. Im Zuge dieses Antrages solidarisierte sich die ÖH Uni Wien



außerdem mit der PKK (Partiya Karkerên Kurdistan) der „Arbeiterpartei Kurdistans“ und verlangte eine Streichung dieser von der Terrorliste.

Inwiefern die Solidarisierung mit der halben Welt für bessere Studienbedingungen an der Uni Wien sorgt, sei dahingestellt. Betroffenen Menschen in Kriegsgebieten nützen diese Solidarisierungen jedenfalls genauso viel wie Facebook-Likes.



Besondere Absurditäten

Die ÖH schließt einen Kindergarten

Als multikulturelles Erfolgsbeispiel wurde der Kindergarten am Campus der Uni Wien, der seit über 40 Jahren besteht, noch in der Sendung „Heimat, fremde Heimat“ bezeichnet. Jener elternverwaltete Kindergarten des Vereins „Student*innenkinder“ wurde in der Vergangenheit durch Gelder der ÖH Uni Wien ermöglicht. Die Uni stellte zudem die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Die über 40 Hort- und Kindergartenplätze sollten eine spürbare Erleichterung für Studierende mit Kind sein. Im Jahr 2012, nach über 40-jähriger Erfolgsgeschichte, kam es zum Zerwürfnis zwischen der ÖH Uni Wien und dem Verein. Neben der Streichung aller Gelder, ist derzeit zudem eine Räumungsklage anhängig.

Die ÖH Uni Wien rechtfertigt dieses Vorgehen und spricht von groben Missständen. Von Seiten der ÖH kam unter anderem der Vorwurf, dass die Platzvergabe willkürlich geschehen sei und Personen, die sich im Verein engagieren oder einzelnen Personen aus dem Verein nahestehen, bevorzugt wurden. Teilweise sprach man sogar davon, dass eine breite Mehrheit der Eltern der Kinder gar nicht studieren. Außerdem wird auch die abstruse Behauptung aufgestellt, dass die damaligen ÖH-Vorsitzenden durch Eltern des Vereins gemobbt worden wären. Die mit Abstand groteskste Behauptung bleibt allerdings, dass Eltern ihre Kinder auf das Vorsitzteam gehetzt und diese wild auf die ÖH-Vorsitzenden eingepöbeln hätten. Pöbelnde Kinder, von Eltern losgehetzt, um die unschuldigen ÖH-Vorsitzenden zu schlagen, sind natürlich ein dringlicher Grund den Kindergarten zu schließen (Vorsicht Ironie).

Aus der nüchternen Darstellung von Seiten des Obmannes, Christoph Waldhauser, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Man habe der ÖH Uni Wien Exekutive schon länger angeboten die Platzvergabe doch selbst durchzuführen, was diese aber abgelehnt



hätte. Am 23.03.2012 hatten sich zahlreiche betroffene Eltern und Kinder vor den ÖH-Räumlichkeiten versammelt, um im Zuge der Sitzung der Universitätsvertretung für die Fortführung der Kooperation zwischen ÖH und Betreiberverein zu demonstrieren.

„Ich bin vor allem heute da, als alleinerziehende Studentin und Mutter eines 5-jährigen Sohnes. Ich kenne die Idee des Mitspracherechts für studierende Eltern schon sehr lange und sehr gut und ich schätze sie sehr. Die Idee bewährt sich seit 40 Jahren und es gibt irrsinnig viele Beispiele auf anderen Unis, wie der Boku, der TU oder der Angewandten wo die ÖH voll und ganz hinter solch elternverwalteten Einrichtungen steht. [...] Ich habe den Kindergarten noch nicht gefunden, wo sich so für Flüchtlingskinder eingesetzt wird, wo es Solidaritätsfeste für finanziell schwache Mitglieder gibt. Es wäre schlicht unfair, Menschen die sich seit 20 Jahren unermüdlich für sozial Schwächere engagieren, durch die Vereinsauflösung auf die Straße zu setzen.“,

so eine betroffene Mutter, welche auf der Sitzung der Universitätsvertretung ihr Anliegen, den Kindergarten nicht zu schließen, vorgetragen hat. Die Aktionsgemeinschaft brachte als Oppositionsfraktion noch am selben Tag den Antrag ein, die Kooperation unter der Bedingung fortzuführen, dass die Platzvergabe zukünftig ausschließlich Sache der ÖH sei. Der Antrag stieß auf große Zustimmung der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des Kindergartenvereins, wurde jedoch von der ÖH Uni Wien-Exekutive (VSSTÖ, GRAS & KSV-Lili) abgelehnt. Dass selbst ein derartiges Entgegenkommen des Vereins nicht angenommen wurde, zeigt deutlich, dass die ÖH Uni Wien prinzipiell kein Interesse an einer Fortführung der Kooperation hat. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Die damalige ÖH-Vorsitzende Kübra Atasoy (VSSTÖ) sprach von einem „Vertrauensbruch“, weswegen sie eine weitere Kooperation aus Prinzip ausschließen würde. In links-autonomen Kreisen kursiert zudem das Gerücht, dass der ÖH Uni Wien die politischen Aktivitäten zweier Mitarbeiter des Vereins Student*innenkinder ein Dorn im Auge gewesen sei. Diese seien bei der Linkswende engagiert gewesen, was im Kontext der Zerstrittenheit innerhalb



der Linken einigen ÖH-Vertreterinnen und Vertretern sauer aufgestoßen sei. Zugegebenermaßen scheint diese Theorie auf den ersten Blick etwas skurril.

Wie dem auch sei, die Leidtragenden zwischen dem kaum nachvollziehbaren Streit zwischen ÖH-Exekutive und dem elternverwalteten Kindergarten, sind schlussendlich die betroffenen Kinder und deren Eltern. Der langwierige Rechtsstreit führt dazu, dass der elternverwaltete Kindergarten zwar immer noch am Campus Altes AKH existiert, jedoch keinen Cent Unterstützung durch die ÖH erhält. Je nachdem wie der Rechtsstreit ausgeht, könnte sich die Geschichte des seit über 40 Jahren bestehenden, als weltoffenes, multikulturelles Erfolgsprojekt betitelten Kindergartens, sehr bald zu Ende neigen.

Bekleidungsverbote

Seit Semesterbeginn findet wieder jeden Mittwoch der traditionelle “Burschibummel” vor dem Hauptgebäude der Universität statt – Mitglieder von weit rechts stehenden (schlagenden) Burschenschaften treffen und präsentieren sich. Der ÖH-Exekutive ist dies ein Dorn im Auge, und seit Semesterbeginn ruft sie zu Demonstrationen bei diesen Veranstaltungen auf und fordert von der Universität eine klare Stellungnahme.

Diese Vorgehensweise wollten die Exekutivfraktionen nun per Beschluss in der Universitätsvertretung legitimieren und ausweiten – und sind dabei erheblich über das Ziel hinausgeschossen. Denn neben der einen oder anderen durchaus zu unterstützenden Forderung, wie etwa den Rechtsextremismus an der Uni Wien aufzuarbeiten, insbesondere deren Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus, findet sich auch die Forderung nach einem Verbot von Couleur. (Darunter versteht man die Verbandsfarben der jeweiligen Studentenverbindungen.) Von diesem Verbot wären nicht nur Burschenschaften, sondern auch katholische Studentenverbindungen betroffen. Dies zeigt deutlich, dass die ÖH



Uni Wien rechtsnationalistische Burschenschaften mit katholischen Verbindungen gleichsetzt, obwohl letztere mit der Ideologie der schlagenden Burschenschaften nichts am Hut haben.

Die traditionelle Kleidung katholischer Studentenverbindungen verbieten zu wollen, verlangt schon nach einer guten Begründung. Schlüssiger wäre es wohl das Tragen von Che Guevara Shirts zu verbieten. Die Träger dieser scheinen manchmal, im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern katholischer Studentenverbindungen, ein ernsthaftes Problem mit der Idee des Rechtsstaates und einer demokratisch-liberalen Gesellschaftsordnung zu haben.

Aus liberaler Sicht sollte man zudem erwähnen, dass Kleidungsverbote per se nur im Falle einer außerordentlich großen Notwendigkeit zulässig sein sollten, selbst wenn davon katholische Studentenverbindungen nicht mit eingeschlossen wären. Die Freiheit des Individuums wird durch derartige Zwangsmaßnahmen beträchtlich eingeschränkt. Rechtsnationalistische Burschenschaftler werden von ihrer Ideologie zudem nicht abrücken, wenn sie sich künftig nur noch in Zivilkleidung vor der Uni versammeln dürfen. Auch bei reiner utilitaristischer Betrachtung wäre ein solches Verbot also nicht zu begrüßen.

Die ÖH-Exekutive wettet gerne gegen „das System“, kritisiert Herrschaftsformen und verlangt Revolution. Dabei erkennt sie nicht, dass sie selbst jene Befugnisse, die sie haben, liebend gerne für ihre eigenen ideologischen Fantasien ausnutzen. Der Kampf gegen Faschismus ist ein nobles Vorhaben. Wenn eine ÖH-Exekutive antiliberaler Zwangsmaßnahmen fordert und ferner nicht zwischen Katholiken und Rechtsextremen unterscheiden kann, ist allerdings größte Vorsicht geboten.



No comment...

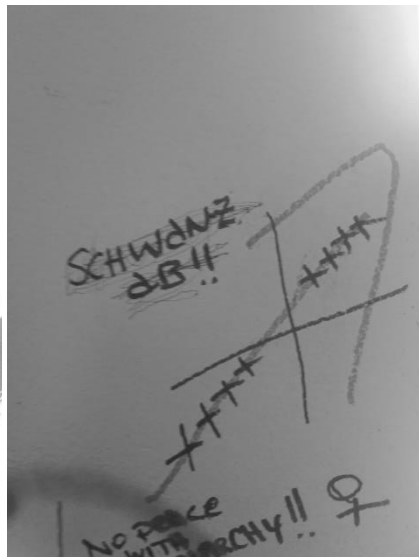
Revolutionäres Prüfungsrecht

Selbst eine einfache Prüfungsrecht-Broschüre, welche primär den Zweck erfüllen sollte, Studentinnen und Studenten über die geltende Rechtslage zu informieren, kommt nicht ohne ideologisch aufgeladene Zitate aus. Das folgende Zitat findet sich auf der Rückseite jener Broschüre zum Prüfungsrecht:

„Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!“ [Rosa Luxemburg]

Die Räumlichkeiten der ÖH Uni Wien

So sehen die Räumlichkeiten der ÖH Uni Wien aus. Ein Antrag der Opposition, alle gewaltverherrlichenden Slogans und anstößigen Aufkleber zu entfernen, wurde erwartungsgemäß abgelehnt.





Muschis, Vulvas & Mösen

Die „Frauen*-Forscherin“ bezeichnet ein Druckwerk des Frauenreferates der ÖH Uni Wien. In diesem findet sich ein „kommentiertes Vorlesungsverzeichnis möglichst aller queer_feministischen, frauen*spezifischen oder genderbezogenen Lehrveranstaltungen der Universitäten in Wien. Ebenso sollen in diesem „queer_feministische Orte, Räume, Initiativen, Gruppen und Kollektive in Wien“ vorgestellt werden.

Thema einer vergangenen Ausgabe war „Muschi, Vulvas & Mösen“. Im Folgenden ein Auszug einer Antwort auf eine Anfrage eines Mandatars der Aktionsgemeinschaft zur Zeitschrift Frauenforscher*in:

„Inhaltlicher Schwerpunkt im SoSe 2014 sind
Vulvas_Muschis_Mösen_...

Zum Call: Es gibt unglaublich viele, von den einen als mehr von den anderen als weniger schön empfundene Bezeichnungen für diesen wundervollen Körperteil und hoffentlich kriegen wir diese Vielfalt zu lesen in unserer anstehenden Ausgabe. ~

Zur Inspiration, machen wir nur ein paar Themen auf:
(Nicht)Benennungen - Ausschlüsse - Beleidigungen - Aneignungen
- Transformation von Bedeutungen ~- Schönheitsideale -
Körpermodifikationen - Normherstellen - Normbrechen

Intersex - Cis - Trans* - Vielfalt (Vulvas come in lots of different shapes and sizes!)

Biologismus - Essentialismus - (Deee)Konstruktivismus und andere
-mus -mus oder -mus? Misogynie - Sexualisierung - Gewalt -
Widerstand ~

Mit diesem Call wollen wir alle, die ihre Definitionen, Bezeichnungen, Ideen, Konzepte, Kritiken bezüglich „Muschi“ in der Frauen*Forscherin mit anderen teilen wollen, ansprechen. ~



Wir hoffen auf vielfältige Beiträge! Alle Medien sind willkommen, die einzige Voraussetzung ist, dass der Beitrag druckbar sein sollte und einen queer feministischen Anspruch hat. Schick uns Texte, Bilder, Gedichte, Zeichnungen, Comics, schick uns alles was dir zum Themenschwerpunkt einfällt oder was du in der Frauen*Forscherin loswerden willst. Das Geschriebene kann auf allen existierenden oder auch neu erfundenen Sprachen verfasst sein.“

Evo Kack

Wo würde man es erwarten, dass Bücher, die sich wissenschaftlich mit der Evolution auseinandersetzen, mit „Evo-Kack“ betitelt werden? In einer christlich fundamentalistischen Gemeinschaft in den USA? Vielleicht. In diesem Fall aber handelt es sich um die Bücherbörse der ÖH Uni Wien Exekutive. Obwohl die Opposition bereits mehrmals auf diesen peinlichen Umstand hinwies, weigerte sich das „autonome Kollektiv“ der Bücherbörse bisher den Aufkleber zu entfernen, da diese der Meinung des Kollektives entspräche und sich „das Kollektiv nichts von reaktionären Kräften vorschreiben lasse“.





„Masturbate more“

Auch der Alternativreferent schmückt seine (extrem kurzen und fast immer gleichlautenden) Berichte mit „interessanten“ Zitaten. Neben Leninzitaten findet sich auch ein Bericht mit dem Titel „Masturbate more!“. Ob derartige Masturbier-Empfehlungen unbedingt die Seriosität des Referates unterstreichen, sei mal dahingestellt.

Kommunistische Zitate im Koalitionsvertrag der ÖH Uni Wien

„Antikommunismus [...] ein einender Moment reaktionärer Kräfte.“

„So soll es unter anderem darum gehen, die Rolle der Universität im Kapitalismus zu hinterfragen, dazu können unter anderem Lektürekurse zum Marx'schen „Das Kapital“ veranstaltet werden.“

„Klar ist [...], dass bürgerlichem Antifaschismus, der keinen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus sieht, keine Bühne geboten werden soll.“



Über die österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft

Strukturen/Aufgaben

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (kurz: ÖH) ist die gesetzliche Vertretung aller Studierenden Österreichs. Ihre Aufgaben und die innere Organisation werden maßgeblich im 2014 neu erlassenen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz festgelegt. Aufgrund dieses neuen Gesetzes ist die ÖH nunmehr für alle Studierenden an Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und sogar Privatuniversitäten zuständig. Mit wenigen Ausnahmen (z.B. Teilnehmer an Lehrgängen mit weniger als 30 ECTS) sind alle ordentlichen und außerordentlichen Studierenden Mitglieder der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben ist die ÖH in verschiedene Ebenen gegliedert, die unterschiedliche Funktionen besitzen. Die Bundesvertretung (BV), die Universitätsvertretungen (UV), die Fakultätsvertretungen (FV) und die Studienvertretungen (StV).

Die BV vertritt alle Studierenden österreichweit, insbesondere gegenüber den zuständigen Ministern, den gesetzgebenden Körperschaften und den Medien. Weiters obliegt ihr die Einhebung der Studierendenbeiträge. Auch die ÖH-Versicherung wird österreichweit durch die Bundesvertretung abgeschlossen. 70 Cent, der derzeit von allen Studierenden zu bezahlenden 18,70 €, werden für den Versicherungsschutz aufgewendet.

Die UV vertritt die Studierenden insbesondere gegenüber universitären Organen. Sie entsendet anhand der letzten



Wahlergebnisse Vertreter in universitäre Kollegialorgane (Senat, Kommissionen). Die Universitätsvertretung verwaltet den Löwenanteil der Studierendenbeiträge. An großen Standorten, wie der Universität Wien, verfügt sie daher über ein nicht bloß sprichwörtliches Millionenbudget. Über dieses kann sie – trotz 2014 verschärfter Überprüfungsrechte der Kontrollkommission – relativ frei verfügen, um damit Projekte oder andere Dinge zu finanzieren. An kleinen und nicht räumlich getrennten Standorten übernimmt die Hochschulvertretung darüber hinaus beinahe alle Beratungs- und Serviceaufgaben und ist oft der erste Ansprechpartner für die Studierenden. An großen Universitäten, deren Gebäude wie bei der Universität Wien über mehrere Bezirke verstreut sind, übernehmen die Studien- und Fakultätsvertretungen diese Aufgaben.

Die Studienvertretungen vertreten die Studierenden in ihrem Wirkungsbereich und nominieren die Vertreter, welche durch die Universitätsvertretung in die, die jeweilige Studienrichtung betreffenden, Kollegialorgane entsendet werden. Die Kernaufgaben sind einerseits die Beratung von Studierenden und andererseits die Gesprächsführung mit den universitären Stellen über alle Belange der Lehre.

In Fakultätsvertretungen werden üblicherweise mehrere zusammengehörende Studienvertretungen, entsprechend dem Organisationsplan der Universität, zusammengefasst. Diese Studienvertretungen teilen sich oft Räumlichkeiten und Büroinfrastruktur und sind daher in der täglichen Arbeit auf die Koordinierung ihrer FV angewiesen. Je nach Anzahl und Differenziertheit der verschiedenen Studienrichtungen verrichtet die StV und FV die Arbeit gemeinsam. Besteht eine Fakultätsvertretung lediglich aus einer Studienrichtung, so ist die Arbeit der StV und FV meist deckungsgleich. Unabhängig davon vertritt sie natürlich die Studierenden gegenüber der Universität in



Angelegenheiten die mehrere oder alle Studienrichtungen der Fakultät betreffen.

Es gilt ein Subsidiaritätsprinzip, das heißt die Bundesvertretung ist ausschließlich für Angelegenheiten zuständig, die nicht lediglich eine Bildungseinrichtung betreffen. Die an Universitäten eingerichteten Studienvertretungen und Fakultätsvertretungen haben allerdings auch bei zur Gänze in ihren Wirkungsbereich fallenden Aufgaben eine eingeschränkte Entscheidungsgewalt. So muss an der Universität Wien jede Ausgabe über 200€, obwohl sie zur Gänze aus dem Budget der Studienvertretung beglichen wird, vom Wirtschaftsreferenten der ÖH Uni Wien vorab genehmigt werden. Theoretisch kann auch in rein inhaltliche Beschlüsse eingegriffen werden, es besteht allerdings weitestgehend fraktionsübergreifendes Einvernehmen dies nicht zu tun. Diese absolute Budgethoheit der ÖH Uni Wien über alle Studien- und Fakultätsvertretungen bietet leider im Falle von unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen Platz für politische Spielchen.

Wahlen-/Wahlrecht

Mit dem HSG 2014 und der HSWO 2014 wurde das Wahlrecht der ÖH auf komplett neue Beine gestellt. Es wird zum ersten Mal die Möglichkeit zur Briefwahl geben, Drittstaatsangehörige sind nun auch passiv wahlberechtigt und die Bundesvertretung der ÖH wird wieder direkt gewählt.

Die ÖH-Wahl 2015 findet österreichweit von Dienstag, 19. Mai bis Donnerstag, 21. Mai 2015 statt. Wahlberechtigt sind alle Studierenden, die ihren Studienbeitrag bis zum 31.03.2015 eingezahlt haben. Jeder Studierende bekommt in seinem Wahllokal drei Stimmzettel ausgehändigt, einen hellblauen für die Wahl der Bundesvertretung, einen beigen zur Wahl seiner



Hochschulvertretung und einen dritten für die Wahl seiner Studienvertretung. Wenn jemand an mehreren Hochschulen inskribiert ist, bekommt er im Wahllokal der zweiten Hochschule lediglich zwei Zettel. Denn die Bundesvertretung wurde bereits an der ersten Hochschule gewählt. Ein österreichweit vernetztes, elektronisches Wahladministrationssystem verhindert die Abgabe von mehr als einer Stimme. Wenn jemand an einer Hochschule verschiedene Studien betreibt, erhält er im zweiten Wahllokal, das er besucht, lediglich den Stimmzettel zur Wahl dieser Studienvertretung.

Die Bundes- und Hochschulvertretung werden analog der Nationalratswahl durch ein Listenwahlrecht gewählt. Es gibt allerdings keine Wahlkreise und auch keine Vergabe von Vorzugsstimmen. Je mehr Prozent eine Fraktion erhält, desto mehr Personen ihrer Liste erhalten ein Mandat. Die Größe der Hochschulvertretung hängt von der Anzahl der Wahlberechtigten ab, sie liegt zwischen neun und 27. Der Bundesvertretung gehören 55 Mandatare an.

Die Studienvertretung wird durch eine Personenwahl bestimmt. Abhängig von der Anzahl der Wahlberechtigten wählt man drei oder fünf Personen. Jeder Wähler kann bis zu fünf Personen am Stimmzettel ankreuzen, dies zählt für den gewählten Kandidaten jeweils als eine Stimme. Eine Person kann allerdings nicht mehrfach gewählt werden. Die drei bzw. fünf Personen mit den meisten Stimmen werden Mandatare der Studienvertretung. Unabhängig davon, ob die Erstplatzierten 100% oder bloß 5% aller Stimmen auf sich vereinigt haben, sie gelten als gewählt und es gibt keine Stichwahlen.

Diese gewählten Mandatare der Studienvertretung wählen wiederum die Mandatare der Fakultätsvertretung. Anhand der Höhe der Studierendenzahlen werden den Studienrichtungen die Anzahl der Mandate in der Fakultätsvertretung zugewiesen.



Auf allen vier Ebenen wird durch die Mandatare ein Vorsitzteam gewählt. Dieses sitzt nicht nur dem Gremium vor, sondern führt auch alle Geschäfte. Es kann jederzeit durch die Mandatare overruled oder abgewählt werden. Somit kommt es in der Bundesvertretung und den Universitätsvertretungen zwischen den Fraktionen zur Herausbildung von Exekutivkoalitionen und Opposition.

Um als Liste für die Hochschulvertretung oder Bundesvertretung kandidieren zu können, muss man je nach Anzahl der Wahlberechtigten zwischen 10 und 200 Unterstützungserklärungen abgeben. Für die eigene Studienvertretung kann sich jeder Studierende ohne Voraussetzungen zur Wahl stellen.

Erstmals ist die Wahl auch per Briefwahl möglich. Wahlkarten können bis 12. Mai online beantragt werden. Die ausgefüllte Wahlkarte muss bis zum 20. Mai, 18.00 Uhr, bei der Bundeswahlkommission einlangen. Mittels Briefwahl kann man nur die Bundes- und Hochschulvertretung, nicht aber die Studienvertretung wählen! Allerdings kann man auch trotz beantragter Wahlkarte im Wahllokal vor Ort seine Studienvertretung noch wählen.



Wofür wendet die ÖH Uni Wien Geld auf?

(Hinweis: Alle Angaben beziehen sich auf den JVA 2014/15, Stand 17.03.15; Der Begriff „Ausgaben“ bezieht sich auf die Nettoausgaben des jeweiligen Budgetpostens)

Finanzierung der ÖH und ihrer verschiedenen Ebenen

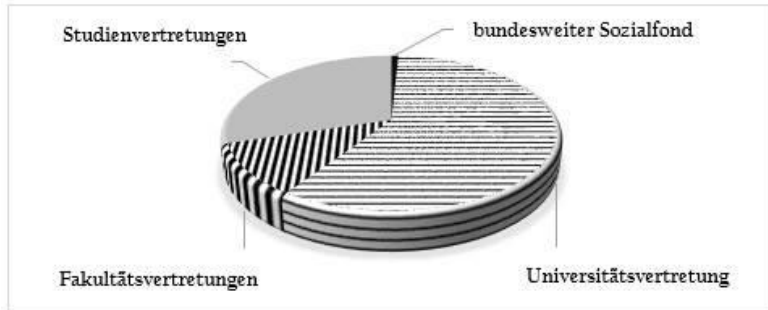
Die österreichische Hochschülerschaft finanziert sich durch Erträge aus Vermögen, Stiftungen, Wirtschaftsbetrieben und sonstigen Zuwendungen. Der überwältigende Anteil der Einnahmen stammt jedoch aus den Studierendenbeiträgen. Diesen Beitrag von derzeit 18,00€ pro Semester muss jeder Studierende einzahlen, um für ein Studium in Österreich zugelassen oder zur Fortsetzung gemeldet werden zu können. Von diesen 18,00€ die jeder Studierende einer Universität einzahlt, bekommt die Bundesvertretung 16%, sprich 2,88€. 30% (5,40€) werden österreichweit zu gleichen Teilen an alle lokalen Universitätsvertretungen ausgeschüttet (sog. Sockel). Dies bevorzugt kleinere Standorte. Die restlichen 9,72€ bekommt die an der Universität des Studierenden gewählte lokale ÖH direkt. Die Verteilung der Studierendenbeiträge von Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Privatuniversitäten erfolgt nach dem Muster 5 zu 95.¹³ Es verbleibt also nahezu der gesamte Studienbeitrag bei der lokalen Hochschulvertretung. Allein schon an der Finanzierung erkennt man die stark föderale Struktur der ÖH.

Die ÖH Uni Wien bezieht aus den ÖH-Beiträgen ein Budget von jährlich ca. 1,9 Millionen Euro (1.950.000€). Davon werden 15.400€ an den bundesweiten Sozialtopf eingezahlt. Die restliche Summe wird auf die unterschiedlichen hierarchischen Ebenen der ÖH Uni Wien verteilt. 59% fließen direkt an die Universitätsvertretung, 11% an die Fakultätsvertretungen und 30%

¹³ HSG 2014 § 39



an die Studienvertretungen. Über die Verwendung der Gelder der Studien- und Fakultätsvertretung entscheiden die lokal gewählten Vertreter, die ÖH Uni Wien hingegen über die Gelder der Universitätsvertretung.



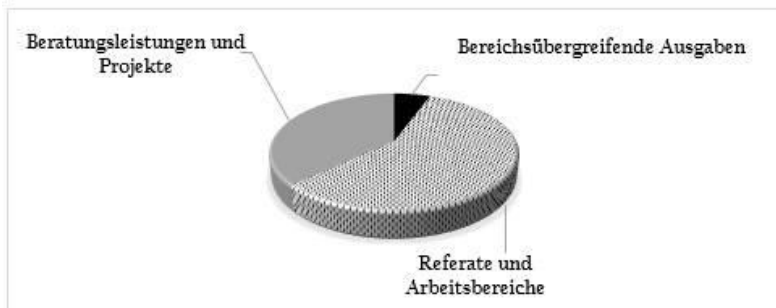
Figur 1

Addiert man nun zum Budget der Universitätsvertretung aus den ÖH-Beiträgen alle anderen Einnahmequellen (z.B. auch der einzelnen Referate) hinzu, so ergibt sich ein Budget von 1,5 Millionen Euro (1.507.514 €).

Aufteilung der Gelder der Universitätsvertretung

Die Ausgaben der Universitätsvertretung können im Wesentlichen in bereichsübergreifende Ausgaben (68.800 €), Referate und Arbeitsbereiche (697.596 €), sowie Beratungsleistungen und Projekte (448.301 €) aufgeteilt werden.

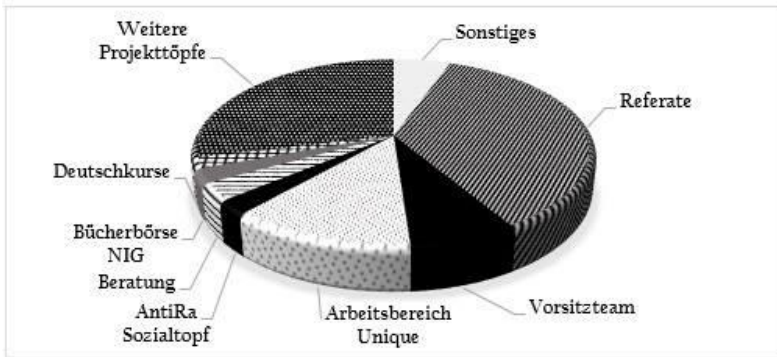
Unter bereichsübergreifende Ausgaben fallen beispielsweise EDV Großgeräte, Software-Lizenzen oder auch die Reinigungskosten der ÖH Räumlichkeiten.



Figur 2

Referate und Arbeitsbereiche sind jeweils mit unterschiedlichen Themen betraut und erhalten hierfür finanzielle Mittel. Neben dem Vorsitzteam und dem Wirtschaftsreferat, existieren auch Referate für Bildungspolitik, Sozialpolitik oder für Barrierefreiheit. Zudem gibt es auch Referate, die sich in erster Linie allgemeinpolitischen Themen annehmen, so existiert beispielsweise ein Referat für Antifaschismus, ein HomoBiTrans-Referat (für LGBTI-Personen) oder ein Alternativreferat. Letzteres soll laut Satzung Kritik am derzeitigen Gesellschaftssystem üben. Punkt 3 (Beratungsdienstleistungen und Projekte) umfasst beispielsweise die Rechtsberatung oder die Zivildienstberatung. Unter diesen Punkt fallen ferner auch diverse Projekttopfe, unter diesen finden sich beispielsweise ein Fördertopf für queer-feministische Arbeiten und der Sonderprojekttopf.

Aus jener groben Aufteilung des UV-Budgets in drei Teile lässt sich alles in allem relativ wenig über etwaige Ausgaben herauslesen. Eine genauere Unterteilung würde daher Sinn machen:



Figur 3

In dieser Grafik wird der Arbeitsbereich Unique und das Vorsitzteam getrennt von den Referaten betrachtet. In dieser Grafik wird erkenntlich, dass die ÖH Uni Wien überproportional viel finanzielle Mittel für die Herausgabe der Zeitschrift Unique (158.114€) bereitstellt. Zusätzlich werden die Punkte Beratung (36.961€), Bücherbörse am NIG (30.392€) und Deutschkurse (23.266€) getrennt vom eigentlichen Projekttopf betrachtet. Hier sieht man deutlich, dass Beratung eine sehr untergeordnete Rolle spielt, verglichen mit den großen Projekttopfen. Der Punkt AntiRa-Sozialtopf (30.000€) gehört eigentlich zu den Projekttopfen, wird hier allerdings als eigener Punkt angeführt, da es sich hier quasi um den „lokalen Sozialtopf“ (im Gegensatz zum bundesweiten Sozialtopf) handelt. Dieser steht Drittstaatsangehörigen offen, welche keinen Zugang zu staatlicher Unterstützung haben. Es handelt sich, neben dem Härtefond (15.400€)¹⁴, hierbei um die einzige direkte finanzielle Unterstützungsmöglichkeit bedürftiger Studierender, welche die

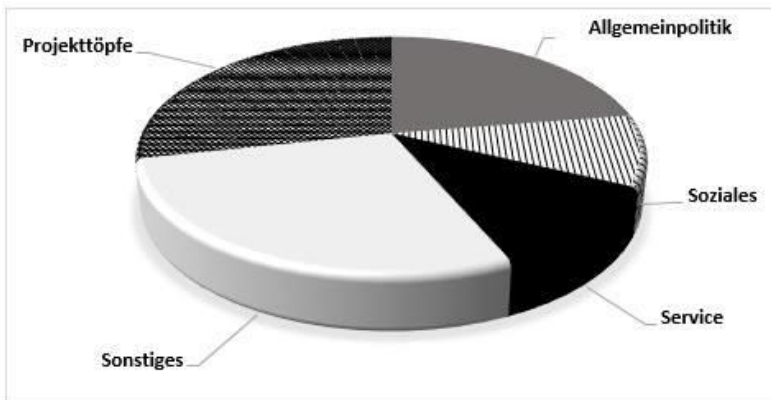
¹⁴ Dieser ist aber streng genommen kein Teil des Budgets der Universitätsvertretung, sondern hierarchisch übergeordnet (siehe Figur 1)



ÖH Uni Wien anbietet. Die finanziellen Mittel für „Weitere Projekttopfe“ (ohne AntiRa Sozialtopf) belaufen sich auf 357.682 €.

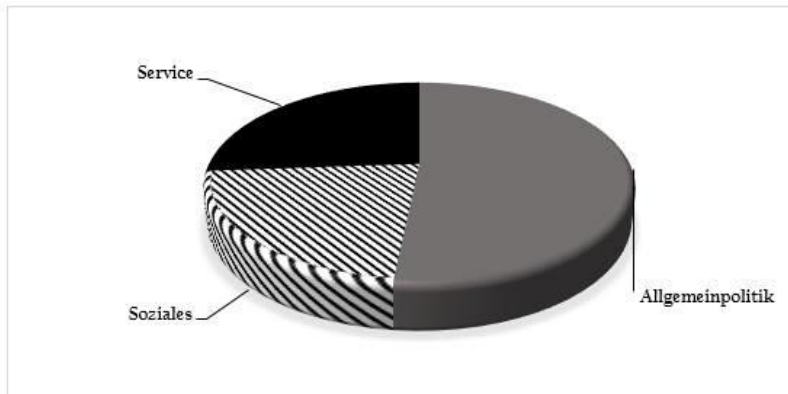
Wie viel gibt die ÖH Uni Wien für Gesellschaftspolitik aus?

Grundsätzlich ist in den bisherigen Diagrammen keine Unterscheidung zwischen gesellschaftspolitischen Initiativen der ÖH Uni Wien und Studierenden-spezifischen Themen vorgenommen worden. Folgende Grafik soll darüber Aufschluss geben:



Figur 4

Die Grafik soll prinzipiell zwischen Allgemeinpolitik, Soziales & Service unterscheiden. Unter „Sonstiges“ fallen alle Ausgaben, welche keinem der drei Bereiche zuzuordnen sind. Ebenfalls schwer zuordnen lassen sich die Projekttopfe, was weiter unten, gemeinsam mit der genauen Zusammensetzung der einzelnen Punkte der Grafik, näher ausgeführt wird. Zur direkten Gegenüberstellung zwischen Allgemeinpolitik, Soziales & Service ein Diagramm, in welchem die Projekttopfe sowie Sonstiges ausgeblendet wird.



Figur 5

In dieser Darstellung erkennt man deutlich, dass die Aufwendungen für allgemeinpolitische Projekte die finanziellen Mittel für Service und Soziales deutlich übersteigen.



Zur näheren Ausführung hier eine Auflistung, welche Aufwendungen der ÖH nun in welcher Kategorie miteingerechnet wurden:

Sonstiges (354.098 €)

- Bereichübergreifende Ausgaben
- Vorsitz
- Wirtschaftsreferat
- Referat für Öffentlichkeitsarbeit
- Referat für Aus- und Fortbildung und Organisation

Projekttöpfe (357.682 €)

- Abschnitt Projekte ohne AntiRa-Sozialtopf

Allgemeinpolitik (282.092 €)

- Referat für Antirassismus, Frauenreferat, HoBiTrans-Referat, Unique, Arbeiter*innenkinderreferat, Alternativreferat, Referat für Antifaschismus

Soziales (121.906 €)

- Referat für Sozialpolitik, AntiRa Sozialtopf, Härtefond

Service (143.319 €)

- Referat für Bildungspolitik, Referat für Internationales, Kulturreferat, Referat für Barrierefreiheit, Beratung, Bücherbörse am NIG, Deutschkurse



Zur genauen Erklärung der Auflistung:

Projekttöpfe:

Durch Projekttöpfe werden prinzipiell sowohl Studierenden-spezifische Themen gefördert als auch eher allgemeinpolitische Themen. Eine genaue Auflistung und Unterscheidung würde hier den Rahmen sprengen. Aus diesem Grund ist der Punkt Projekttöpfe eigenständig aufgelistet. Der Punkt AntiRa-Sozialtopf ist im UV-Budget ebenfalls unter Projekte aufgelistet, wird hier aber aus diesem Punkt exkludiert und die jeweilige Summe wird zum Punkt „Soziales“ gerechnet, da es sich hier explizit um eine Sozialleistung handelt.

Allgemeinpolitik:

Hier werden Ausgaben für gesellschaftspolitische Anliegen aufgelistet. Darunter fallen unseres Erachtens nach auch Aufwendungen für „Unique“, nachdem in dieser Zeitschrift in erster Linie allgemeinpolitischen Themen Platz gegeben wird. Das Arbeiter*innenkinderreferat wird auch darunter gelistet, da dieses im Gegensatz zum Sozialreferat keinerlei Mehrwert für finanziell schwache Studierende bietet, sondern in erster Linie „Kapitalismuskritik“ predigt.

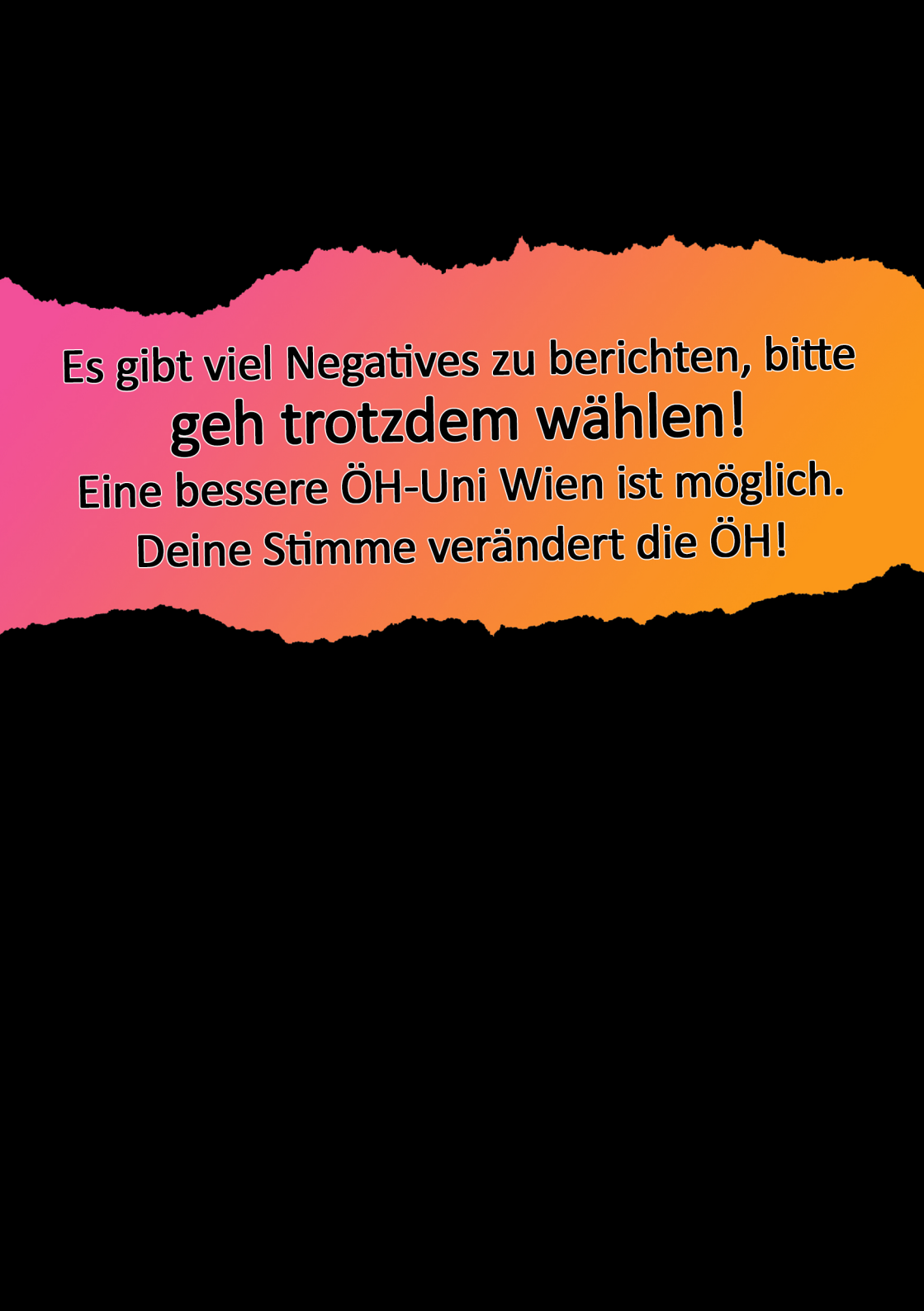
Soziales:

Hier finden sich die beiden Sozialfonds, wobei der Härtefond streng genommen hierarchisch dem Budget der Universitätsvertretung übergeordnet ist. Da die ÖH Uni Wien aber dennoch direkt in diesen Sozialtopf einzahlt, wird dieser fairnesshalber dazugerechnet. Ebenso findet sich in dieser Kategorie das Sozialreferat, welches auch für die Sozialberatung zuständig ist.

Service:

Hier gibt es große Überschneidungen zum Punkt Soziales. Beispielsweise könnte man Beratung auch bei Soziales anführen.





Es gibt viel Negatives zu berichten, bitte
geh trotzdem wählen!
Eine bessere ÖH-Uni Wien ist möglich.
Deine Stimme verändert die ÖH!